



# **WORTPROTOKOLL**

**der 37. Sitzung der  
XIX. Gesetzgebungsperiode  
des  
Burgenländischen Landtages**

**Donnerstag, 3. Juli 2008**

**23.08 Uhr - 02.34 Uhr**

## **Tagesordnung**

*Burgenländisches Pflichtschulgesetz 1995, Änderung*

---

## Inhalt

### Landtag

Mitteilung des Einlaufes (S. 5762)

### Verhandlungen

**Dringlichkeitsantrag** der Landtagsabgeordneten Oswald Klikovits, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Förderung von Ausbildungskursen im Pflegebereich (Zahl 19 - 556) (Beilage 901)

Begründung der Dringlichkeit (S. 5784)

Redner: Landesrat Dr. Peter R e z a r (S. 5786), Anna S c h l a f f e r (S. 5786) und Oswald K l i k o v i t s (S. 5786)

Annahme des Dringlichkeitsantrages (S. 5787)

**Dringlichkeitsantrag** der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz und Ilse Benkö auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend den gescheiterten EU-Reformvertrag und eine Volksabstimmung über den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union (Zahl 19 - 558) (Beilage 903)

Begründung der Dringlichkeit (S. 5788)

Redner: Maga. Margarethe K r o j e r (S. 5788) und Mag. Georg P e h m (S. 5788)

Ablehnung des Dringlichkeitsantrages (S. 5789)

**Bericht und Abänderungsantrag** des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 860), mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird (Zahl 19 - 528) (Beilage 904)

Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 5763)

Redner: Mag. Josko V l a s i c h (S. 5763), Ilse B e n k ö (S. 5765), Christian S a g a r t z (S. 5768), Landesrätin Mag. Michaela R e s e t a r (S. 5774), Doris P r o h a s k a (S. 5777), Leo R a d a k o v i t s (S. 5781) und Christian I l l e d i t s (S. 5782)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 5783)

**Beginn der Sitzung: 23 Uhr 08 Minuten**

**Präsident Walter Prior:** Meine Damen und Herren! Ich e r ö f f n e die 37. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Sein Fernbleiben von der heutigen Sitzung hat der Herr Abgeordnete Werner Brenner entschuldigt.

Ich ersuche nun die Frau Schriftführerin Andrea Gottweis um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Mitteilung des Einlaufes**

**Schriftführerin Andrea Gottweis:** Einlauf für die 37. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 3. Juli 2008.

Von den Landtagsabgeordneten Oswald Klikovits, Kollegin und Kollegen ist ein Dringlichkeitsantrag auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Förderung von Ausbildungskursen im Pflegebereich (Zahl 19 - 556) (Beilage 901)

und von den Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz und Ilse Benkö ist ein Dringlichkeitsantrag auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend den gescheiterten EU Reformvertrag und eine Volksabstimmung über den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union (Zahl 19 - 558) (Beilage 903) eingelangt.

**Präsident Walter Prior:** Danke Frau Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Oswald Klikovits, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Förderung von Ausbildungskursen im Pflegebereich, Zahl 19 - 556, Beilage 901 wird gemäß § 24 Abs. 3 GeOLT, frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung behandelt.

Die Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz und Ilse Benkö auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend den gescheiterten EU Reformvertrag und eine Volksabstimmung über den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union, Zahl 19 - 558, Beilage 903 erfolgt gemäß § 24 Abs. 3 und 6 GeOLT im Anschluss an die Behandlung des ersten Dringlichkeitsantrages.

**Präsident Walter Prior:** Ich gebe nun die Tagesordnung der heutigen Sitzung bekannt:

Auf der Tagesordnung befindet sich nur ein Punkt, und zwar ist dies der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 860) mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird (Zahl 19 - 528) (Beilage 904).

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall, wir gehen in die Tagesordnung ein.

**1. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird (Zahl 19 - 528).**

**Präsident Walter Prior:** Der 1. und einzige Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 860, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird, Zahl 19 - 528, Beilage 904.

Berichterstatlerin ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

Ich bitte um Ihren Bericht Frau Abgeordnete.

**Berichterstatlerin Doris Prohaska:** Herr Präsident! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird in ihrer 29. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 3. Juli 2008, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatlerin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmern der SPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzesentwurf, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

**Präsident Walter Prior:** Danke Frau Berichterstatlerin! Hohes Haus! Gemäß § 59 Abs. 2 GeOLT darf die zweite Lesung in der Regel nicht vor Ablauf von 24 Stunden nach erfolgter Verteilung des Berichtes stattfinden. Nur aufgrund eines Vorschlages des Präsidenten des Landtages und des darüber mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Landtagsabgeordneten gefassten Beschlusses kann von der 24-stündigen Frist abgesehen werden.

Das Anwesenheitsquorum ist gegeben.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dafür sind, dass der Antrag in zweite Lesung genommen wird, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Landtag hat einstimmig und mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit beschlossen, den Antrag in zweite Lesung zu nehmen.

Ehe ich dem ersten Redner das Wort erteile möchte ich mitteilen, dass General- und Spezialdebatte unter einem durchgeführt werden.

Als Erster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Josko Vlasich.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Josko Vlasich (GRÜNE):** Poštovani Predsjedniče! Poštovane poslanice i poslaniki u zemaljski sabor! Die Novelle, die es jetzt sozusagen zu beschließen gilt, ist deshalb notwendig geworden, weil es ohne diesen Beschluss im September die neuen Formen der neuen Mittelschule nicht geben könnte und auch andere Veränderungen sind vorgesehen. Ich möchte auf einige Punkte dieser Novelle heute hier eingehen.

Die Neue Mittelschule ist zwar nicht das, was die SPÖ vor den Wahlen gefordert hat und auch nicht das, was wir uns unter einer richtigen Schulreform im 21. Jahrhundert vorstellen. Statt einer gemeinsamen Schule der sechs bis 15-jährigen haben wir nun zwar weiter eine gemeinsame Schule der sechs bis zehn-jährigen, aber drei Modelle für Kinder zwischen zehn und 14 Jahren, die Hauptschule, das Gymnasium und nun auch die Neue Mittelschule.

Wie bereits bekannt, kann man wirklich nicht von einem sehr gelungenen Start dieser Schulreform sprechen. Es gab ellenlange Diskussionen, wie, wo, und mit welchen

Ressourcen man im Burgenland diese Neue Mittelschule erproben sollte. Sie wissen, es gab den Ansatz der sogenannten Modellregionen in den Bezirken Güssing und Jennersdorf.

Dieser Ansatz wurde seitens der ÖVP und SPÖ Personalvertreter der Lehrer und Lehrerinnen mehr oder weniger zu Fall gebracht.

Auch die ÖVP samt ihrer Wählerschaft offensichtlich oder samt ihren Funktionären und Funktionärinnen hat sich ordentlich bemüht, damit dieses Modell dort nicht zustande kommen konnte.

Letztendlich hat dann der Landesschulrat den ursprünglichen Plan der neuen Mittelschul-Standorte in Güssing und Jennersdorf fallen gelassen und hat dann sozusagen dieses Modell aufgemacht und auch im Nordburgenland und in anderen Regionen diese neuen Modellschulen ermöglicht.

Das Angebot an diesen teilzunehmen wurde aus unterschiedlichen Motiven angenommen, wie wir alle wissen. Einerseits, offensichtlich aus tatsächlichen Interesse eine Reform des Unterrichts anzugehen.

Andererseits aber auch, aus ganz eigennützigen Gründen. Nämlich deshalb, um einen Schulstandort dort weitere vier Jahre abzusichern, wo er aufgrund einer zu geringen Schülerinnen- und Schülerzahl nicht mehr gewährleistet gewesen wäre.

So zum Beispiel, wir haben neun Standorte für die Neue Mittelschule vorgesehen und ich sehe hier sechs Standorte, nämlich Andau, Bernstein, Großwarasdorf, Neuhaus, Oberpullendorf und Zurndorf als solche Standorte, die sich über diese Neue Mittelschule einen Fortbestand auf weitere vier Jahre absichern.

Wobei hier die Hauptschule Großwarasdorf wahrscheinlich heraus zu nehmen ist, denn die hat eine ganz besondere Stellung als zweisprachige Hauptschule.

Während sich nun die Wogen nach den emotionellen Diskussionen langsam glätten, gibt es noch einen Standort der nicht zum Zug gekommen ist, das ist die Hauptschule Eberau, die aufgrund einer zu geringen Schüler- und Schülerinnenanzahl geschlossen werden soll. Diese wehrt sich natürlich gegen diese Schließung und versucht sich über eine Privatschulform zu retten.

Wir Grüne verstehen die Vorgangsweise in diesem Fall, seitens des Landesschulrates und seitens des zuständigen Referenten Präsidenten Niessl, nicht. Denn die Zahl 90 wurde von uns von Anfang an, schon als erstmals im Jahr 2003 verlautbart, kritisch hinterfragt, da sie kein geeignetes Kriterium dafür ist, um festzustellen ob ein Standort weiter bestehen soll oder nicht.

Viel mehr müsste man andere Kriterien wie eben pädagogische, geographische, kulturelle et cetera in Erwägung ziehen.

Eberau wäre, meiner Ansicht nach, ein Standort auf den man allein die Zahl 90 zur Schließung nicht anwenden hätte dürfen. Davon sind wir nach wie vor überzeugt. *(Beifall bei den Grünen)*

Vielleicht kann ich es gleich jetzt hinzufügen, es gibt einen Abänderungsantrag der ÖVP in diesem Fall. Nämlich, dass man die Schülerzahl 90 nicht in Betracht ziehen sollte und wir werden diesem Antrag selbstverständlich zustimmen, weil es auch unsere Meinung ist.

Trotz der Kritik ist es notwendig, um überhaupt das Modell „Neue Mittelschule“ in Kraft treten zu lassen, dass wir heute diesen Beschluss herbeiführen. Dass wir dazu eine Sitzung um Mitternacht abhalten müssen ist nur die logische Fortsetzung der Fauxpas, die

die Einführung der Schulform seit Anfang an begleiten. Es lässt die ganze Angelegenheit nicht gerade im besten Licht erscheinen.

Ein bisschen erinnert mich die jetzige Sitzung an die Nacht- und Nebelaktion als die Bank Burgenland im Morgengrauen verkauft wurde. Im Gegensatz zu damals werden wir heute allerdings zustimmen, weil es hier darum geht, den Kindern eine neue Schulform zu ermöglichen und nicht wie damals, eine Bank an den Mindestbieter zu verschleudern.

Als einen richtigen Schritt in die richtige Richtung empfinden wir auch die Auflösung des Schulsprengels für die neuen Mittelschulen und für die zweisprachigen Schulen. Uns geht dieser Schritt allerdings noch immer nicht weit genug, daher haben wir heute einen Antrag auf Aufhebung der Schulsprengel im Burgenland überhaupt eingebracht.

Allerdings dürfen wir nicht vergessen, dass begleitend dazu unbedingt Maßnahmen zu treffen sind, um nicht die restlichen Hauptschulstandorte zu gefährden. Außer es ist beabsichtigt, das möchte ich hier nicht unterstellen.

Heute beschließen wir auch die Herabsetzung der Klassenschülerhöchstzahl, was auch sehr begrüßenswert ist. Insbesondere die Senkung auf 18, in zweisprachigen Schulen, scheint mir ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Zweisprachigkeit und zum Erlernen der Volksgruppensprachen im Burgenland zu sein. Wie auch prinzipiell die Sprachenförderung auch sehr, sehr zu begrüßen ist.

Ein Wehrmutstropfen dabei ist, also wenn ich an die Klassenschülerhöchstzahl denke, dass insbesondere im Bereich der Allgemein Bildenden Höheren Schulen die Klassenschülerhöchstzahl von 25, in mehr als 50 Prozent der Schulen im Burgenland nicht eingehalten werden kann. Das finde ich, wie gesagt bedauerlich, aber darüber entscheiden wir heute hier nicht.

Also, wir werden diesem Antrag heute unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei den Grünen)*

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch** *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Ilse Benkö das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Ilse Benkö** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Im vorliegenden Antrag zur Änderung des Pflichtschulgesetzes gibt es zwei Aspekte mit denen ich mich besonders beschäftigen möchte.

Das eine sind die vorbereitenden Maßnahmen zur Einführung der sozialistischen Gesamtschule, das andere ist die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl. *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Ganz Europa hat die sozialistische Gesamtschule. – Abg. Johann Tschürtz: Ganz Europa nicht. – Abg. Mag. Josko Vlasich: Ja, Bayern nicht.)*

Meine Damen und Herren! Vorab noch einige grundsätzliche Dinge. Trotzdem darf ich eine andere Meinung haben, Herr Kollege, das ist legitim in einer Demokratie oder?

Ich persönlich habe die Hoffnung mehr oder weniger schon aufgegeben, dass es unter dieser Bundesregierung endlich nachhaltige und sinnvolle Reformen im Bildungsbereich geben wird, auf Reformen die Österreich aus dieser Bildungsmisere endlich herausführen und uns wieder ins europäische Spitzenfeld bringen können.

Jene SPÖ, die uns in Österreich in den 60er und 70er Jahren auf den absteigenden Ast in Sachen Bildung gebracht hat, die ist es auch heute, die keine Trendwende in der Bildungspolitik zustande bringen wird. Vergessen Sie die großartigen Ankündigungen, des mittlerweile in Ungnade gefallenen Bundeskanzlers aus dem Nationalratswahlkampf.

Untermuert wir die bildungspolitische Aussicht und Hoffnungslosigkeit unter Gusenbauer und Molterer von der allzu braven Bildungsministerin Claudia Schmied. Ich zitiere und ich erinnere mich an ein Interview mit ihr, ich glaube es war im „Report“, in dem sie im Vorjahr die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl als den bildungspolitischen Meilenstein, als die bildungspolitische Innovation dieser Legislaturperiode bezeichnet hat. Traurig aber wahr.

Werte Kolleginnen und Kollegen! So ist es. Ein so sinnvoller Baustein einer Bildungsreform, wie die Senkung der Klassenschülerzahl auch sein mag, diese Maßnahmen als zentralen bildungspolitischen Schritt für eine ganze Legislaturperiode zu bezeichnen, zeugt von einer Mut-, Plan- und vor allem von einer Hilflosigkeit, wie man sie im Bildungsministerium kaum je gesehen hat.

Die SPÖ ist der Garant dafür, dass Österreich seinen Platz als bildungspolitisches Schlusslicht konsequent einzementieren wird. Das ist erschütternd, das ist auch traurig und ist vor allem empörend. Letztendlich ist es auch verantwortungslos!

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Von der Klassenschülerhöchstzahl zur sozialistischen Gesamtschule. Die FPÖ ist für das differenzierte Schulsystem, das wissen Sie, das habe ich schon da hundertmal gebetet und gegen die Vermittlung einer Einheitsbildung, die auf die individuelle Förderung von Begabungen keine Rücksicht nimmt.

Jedem das Seine, statt allen das Gleiche, muss der bildungspolitische Grundsatz lauten.

Wenn es um eine Bewertung der Diskussionen und das letztendliche Ergebnis im Zusammenhang mit der sozialistischen Gesamtschule geht, fällt die Bilanz ausschließlich negativ aus und ich komme darauf auch noch zurück. Was aber beide Debatten, nämlich jene über die Klassenschülerhöchstzahl und jene über die sozialistische Gesamtschule gemeinsam haben, ist die Überbewertung des zu erwartenden Nutzens, geschätzte Damen und Herren.

Seit Jahrzehnten hat es die österreichische Bundesregierung verabsäumt notwendige Reformen in Angriff zu nehmen. Seit Jahrzehnten hat man dabei zugesehen, geschätzte Damen und Herren, wie die Probleme wachsen, größer und größer werden. Seit Jahrzehnten war der Bildungsbereich eine leichte Beute, wenn es um Einsparungen gegangen ist.

Jedenfalls sitzen viele Politiker von beiden Regierungsparteien dem Trugschluss auf, durch die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl, oder durch die Einführung der sozialistischen Gesamtschule ließen sich die unzähligen Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte auf einen Schlag wieder berichtigen.

Darin besteht die Überbewertung dieser beiden Maßnahmen. So wichtig die Senkung der Klassenschülerzahl sein mag, und so wichtig die Gesamtschule von manchen auch eingestuft wird, es handelt sich um kein Allheilmittel. Das werden Sie bald auch schmerzlich zur Kenntnis nehmen müssen.

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wenn gleich es nicht sehr viele von Ihnen zugeben werden, mit dem faulen Kompromiss in Sachen Gesamtschule, der vor einigen Monaten zwischen SPÖ und ÖVP vereinbart wurde, kann eigentlich in Wahrheit niemand zufrieden sein. Die einen nicht, weil vom ursprünglichen Projekt nur sehr wenig übrig geblieben ist. Und die anderen nicht, weil sie vollkommen richtig erkennen, dass uns diese Schulversuche wahrscheinlich noch viel tiefer in die Bildungsmisere hineinziehen werden.



Die sogenannten „Modellregionen“ im Burgenland sind überhaupt etwas sehr Eigenartiges. Da soll die sozialistische Gesamtschule erprobt werden, obwohl in bestimmten Fällen von Anfang an klar ist, dass man den Erfolg oder Misserfolg des Projektes gar nicht messen wird können, zumindest nicht seriös, geschweige denn wissenschaftlich fundiert.

Was macht es für einen Sinn, Schulversuche in Bezirken zu verwirklichen, in denen es ohnehin nur eine Schulform für die über Zehnjährigen gibt? Was will man denn da vergleichen? Wie soll es nach den Versuchen, deren Erfolg gar nicht bewiesen werden kann, weiter gehen, frage ich mich?

Die einzige Änderung, die in den betroffenen Hauptschulen ab dem kommenden Schuljahr eintreten wird ist jene, dass in einem Ausmaß von recht wenigen Wochenstunden Lehrer von höheren Schulen, den Unterricht in den Hauptschulen unterstützen werden.

Nach dem ersten Schuljahr wird man sich dann die Leistungen des Schülers zu Gemüte führen und feststellen, beziehungsweise auf politische Anordnung hin feststellen lassen, dass die Leistungen doch tatsächlich gestiegen sind.

Das Szenario fallender Leistungen erspare ich mir selbst und Ihnen, weil ich lange genug in der Politik bin, um zu wissen, dass man von Seiten der politischen „Bildungstriebtäter“ schon dafür sorgen wird, dass der Notendurchschnitt passabel wirkt.

Der Herr Landeshauptmann ist nicht da, aber vielleicht hört er es: Herr Landeshauptmann, meine Damen und Herren! Ebenfalls ersparen möchte ich mir und auch Ihnen, über die Vorkommnisse rund um die Abstimmungen in den Lehrerkonferenzen über die sozialistische Gesamtschule zu reden.

Wenn Sie nur ein wenig Anstand und Charakter besitzen, dann wissen Sie selbst, dass es verwerflich, unanständig, ja inakzeptabel und indiskutabel ist, quasi dienstrechtlichen Druck auszuüben und politische Ziele unter allen Umständen zu verwirklichen. Das ist aber genau die Wurzel des Übels.

Man setzt sich an einen Tisch, erhebt einmal den Status quo, analysiert Missstände und sucht gemeinsam und absetzt ideologische Utopien nach Lösungen. Nein, Sie bevorzugen ohne Rücksicht auf Verluste einen bildungspolitischen Fleckerlteppich, der keinen Sinn macht und dessen Qualität äußerst mangelhaft ist.

Die Bundesrepublik Deutschland hat diese Erfahrungen teilweise bereits hinter sich, Herr Kollege Vlasich. Bei einer Überprüfung der Bildungsqualität haben weder jene Bundesländer, die ausschließlich die Gesamtschule verwirklicht haben, noch die Bundesländer, die ausschließlich das differenzierte Schulsystem führen, am schlechtesten abgeschnitten.

Meine Damen und Herren! Es haben jene Bundesländer, die schlechtesten Resultate erzielt, in denen es alle drei Systeme gibt, also Hauptschulen, Gesamtschulen und Gymnasien. Im Burgenland sind wir nun gerade dabei, genau denselben Fehler zu begehen.

Diese Landesregierung verwirklicht den bildungspolitischen Fleckerlteppich, diese Landesregierung verwirklicht das bildungspolitische Chaos, geschätzte Damen und Herren!

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir Freiheitliche lehnen den vorliegenden Antrag zum Pflichtschulgesetz aus innerster Überzeugung ab. Danke schön.  
(Beifall bei der FPÖ)

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Als nächster Redner hat sich der Herr Landtagsabgeordnete Christian Sagartz zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Christian Sagartz (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich bringe es gleich auf den Punkt, in einem meiner ersten Sätze. Der heutige Initiativantrag der SPÖ ist in erster Linie eine in Paragraphen gegossene Demütigung einer Region!

Sie, werte Kollegin der SPÖ, machen nämlich heute einen Akt in dem Sie Kinder, Eltern und Lehrer in einem Zweiklassensystem unterscheiden. Auf der einen Seite garantieren Sie mit ihrem Gesetz jenen Schulen, die sich für die Neue Mittelschule als Modellversuch entschieden haben, hier geben Sie eine Bestandsgarantie ab.

Auf der anderen Seite glauben Sie das Schicksal der Hauptschule Eberau endgültig zu besiegeln. Mit einem und darauf kann man zu Recht stolz sein, haben Sie aber nicht gerechnet. Nämlich mit den ungeheuerlichem Überlebenswillen und dem Einsatz für eine Region, von verantwortlichen Gemeindepolitikern und Bildungspolitikern.

Ich sage Ihnen, ich ziehe den Hut vor dem Engagement jener Menschen, die sich zu einem Verein zusammenschlossen, um eine private, eine konfessionelle Privatschule in Eberau zu errichten. Diesen Menschen gelten unser Dank und unsere aufrichtige Anerkennung. *(Beifall bei der ÖVP)*

Aber es hätte die Aufmerksamkeit und auch das Engagement dieser Menschen nicht bedurft. Eine Person, und sie ist heute hier anwesend, sie hatte es in der Hand, sie hätte einer bereits benachteiligten Region ein Bildungszentrum sichern können.

Frau Landesrätin Dunst, ich muss Sie hier persönlich ansprechen. Sie scheuen sich auch sonst nicht, medienwirksam und lautstark ihren Einsatz für Ihre Heimatregion zu präsentieren und sich hier auch in die Bresche zu werfen.

Umso verwunderlicher war für mich, und auch für die betroffenen Menschen im Bezirk Güssing, Ihr Schweigen in der Regierungssitzung am 15. Jänner 2008. Mit Ihrer Stimme hätten wir heute keine Diskussion. Mit Ihrer Stimme hätte es nicht des Engagements der Gemeindevertreter im Pinkatal bedurft, um eine Privatschule auf die Füße zu stellen.

Sie haben damit Ihre Glaubwürdigkeit im Kampf um eine benachteiligte Region maßgeblich und vor allem selbst beschnitten. Man muss sich fragen, ob Ihre Untätigkeit vielleicht darin zu begründen liegt, dass die Mehrheit der betroffenen Gemeinden von ÖVP-Mandataren vertreten wird.

Ich denke mir, wenn das einer der Hauptgründe für Ihre Untätigkeit ist, dann haben Sie noch mehr an Unglaubwürdigkeit dazu gewonnen, als nur durch Ihr Schweigen am 15. Jänner 2008. *(Beifall bei der ÖVP)*

Einer hat nicht geschwiegen. Ich rede jetzt von einer Person, der ich normalerweise eher vorwerfe, dass sie sich in gesellschaftspolitischen Angelegenheiten viel zu wenig einmischt, viel zu wenig Stellung nimmt. Das ist unser Diözesanbischof Dr. Paul Iby. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Georg Pehm)* Herr Kollege Pehm, gesellschaftspolitische Stellungnahmen in der Art und Weise wie es beispielsweise die Caritas in unserem Land tut, darüber gibt es wohl keine Diskussion. Der Herr Bischof ist der Vorsitzende der Führungskommission in der Caritas und damit einer der maßgeblichen Gestalter der Sozialpolitik im Burgenland. Dazu kann man stehen, ob man konfessionelle Sozialpolitik schätzt oder nicht, wie man mag.

Aber das ist ein toller Einsatz und dazu gratuliere ich der Caritas und Bischof Iby. *(Beifall bei der ÖVP)* Er hat eine klare Stellungnahme abgegeben, nämlich heute Abend bei einer Informationsveranstaltung in Eberau, hat der Herr Bischof einen Brief verlesen lassen, aus dem ich jetzt zitiere.

Bischof Iby schreibt: „Ich sehe darin auch eine Benachteiligung von Rechten der Kirche, die uns durch das Konkordat zugesichert sind. Aus diesen Gründen werden wir es nicht aufgeben, uns für die Errichtung der Privatschule einzusetzen. Unter uns verstehe ich die Pfarren, die Gemeinden des Pinkatales und die Diözese Eisenstadt.“

Glauben Sie mir, ich denke, dass sich der Bischof und die Verantwortlichen der Gemeinde sich genau überlegt haben, ob sie sich hier politisch äußern oder nicht. Ich ziehe auch den Hut vor dem Engagement und dem Einsatz der kirchlichen Vertreter für eine benachteiligte Region im Burgenland. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich bin auch sehr gespannt, wie andere Vertreter von konfessionellen Privatschulen und deren Erhalter auf diesen Präzedenzfall reagieren werden. Denn der Bescheid, den der Landesschulrat für das Burgenland ausgestellt hat und der von Dr. Kuhn, das ist jener Rechtsanwalt, der alle konfessionellen Privatschulen in Österreich rechtlich vertritt, bereits beanstandet hat, ist in Wirklichkeit und ich zitiere unseren Landtagspräsidenten, ein rechtliches Nullum. Weil wenn schon in der Begründung auf keinen einzigen Paragraphen Bezug genommen wird und Dinge in den Raum gestellt werden, wie beispielsweise - und das ist jetzt interessant, werte Kolleginnen und Kollegen der SPÖ - der zuständige Mitarbeiter und Referent im Landesschulrat hinein schreibt „mit einer Schüleranzahl von 90 ist aus pädagogischer Hinsicht eine Hauptschule gerade noch vertretbar“.

Das bedeutet, die Rechtsmeinung des Landesschulrates, wie hier als offizielle Stellungnahme abgegeben, glaubt nicht an jenes Gesetz, das wir heute hier mit Ihren Stimmen beschließen werden. Weil sie sagt, unter 90 Schülern ist die Hauptschule aus pädagogischer Hinsicht nicht zu führen.

Auch das sollte uns vielleicht zu denken geben. Vielleicht braucht es ein Bündel an Maßnahmen und nicht nur diese Zahl, so wie von der ÖVP vorgeschlagen wird, um eine Hauptschule und einen Standort zu erhalten. *(Abg. Ewald Gossy: So wie von der ÖVP eingebracht!)* Wird eingebracht, Herr Kollege Gossy, wird erst eingebracht. *(Abg. Ewald Gossy: Nein, die 90 wurden von der ÖVP eingebracht! - Abg. Doris Prohaska: Das ist richtig!)*

Was wurde noch durch die ÖVP eingebracht? Ein ergänzender Vorschlag. *(Abg. Ewald Gossy: Das vergessen Sie immer!)* Ich habe kein Problem, so wie Sie uns immer belehren, Herr Kollege Gossy. *(Abg. Ewald Gossy: Ich belehre Sie nicht!)* Heute in Ihrer Landtagsrede haben Sie massiv ... *(Zwischenrufe in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Leo Radakovits: Die ÖVP hat kein Gesetz eingebracht - Abg. Ewald Gossy: Ihr habt eine Regierungsvorlage eingebracht, Herr Kollege Radakovits!)*

Herr Kollege Gossy, Sie belehren uns, wenn Sie die Argumentation und die Meinung anderer hören, dann können Sie sich im *(Abg. Ewald Gossy: Habt Ihr es eingebracht oder nicht?)* Nachhinein auch nicht beschweren, *(Abg. Leo Radakovits: Aber das ist kein Gesetz!)* dass das bei Ihnen ebenfalls kein Gehör findet. *(Allgemeine Unruhe - Abg. Ewald Gossy: Habt Ihr es eingebracht oder nicht?)*

Sie schicken Ihre Abänderungsanträge nicht einmal den Kollegen aus, um eine Stellungnahme einzuholen. *(Abg. Ewald Gossy: So ist es!)* Ich behaupte sogar, dass dieser negative Bescheid aus dem Landesschulrat ein erarbeitetes Gefälligkeitsgutachten ist. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wer beschließt denn ein Gesetz? - Abg. Ewald Gossy in*

*Richtung ÖVP-Abgeordnete: Sei vorsichtig was Du sagst, Freund! So brauchst Du mir nicht kommen!)*

Herr Landtagspräsident, ich bitte Sie ein wenig einzuschreiten, weil ich schreie bald weniger laut durchs Mikrofon, wie andere im Saal.

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch (ÖVP):** Darf ich um etwas mehr Ruhe in den Reihen bitten. *(Abg. Ewald Gossy: Sagen Sie das Ihrem Klubobmann!)* Ich habe niemanden angesprochen, Herr Kollege Gossy, wenn ich läute und rede, dann haben Sie ruhig zu sein, *(Abg. Ewald Gossy: Ich lass mich nicht beleidigen!)* das sagt die Geschäftsordnung. Herr Kollege Sagartz ist am Wort. Jeder kann sich zu Wort melden, wir haben lange genug Zeit.

**Landtagsabgeordneter Christian Sagartz (ÖVP) (fortsetzend):** Man könnte eben auch sagen, dass dieser von mir zitierte Bescheid mehr ein Gefälligkeitsgutachten ist, als eine juristische Stellungnahme ist. Es wird der Tag und die Stunde kommen, wo wir diesen Bescheid näher erörtern werden. Aber dazu fehlt derzeit die notwendige Recherchearbeit. Ich werde nicht mit Tatsachen an die Öffentlichkeit und hier an meine Kollegen treten, wenn ich es nicht bestens recherchiert habe. *(Abg. Mag. Georg Pehm: Das haben Sie beim Gemeindeamt in Pöttsching auch nicht!)*

Aber wissen Sie was mich freut, Herr Kollege Pehm, der Herr Landeshauptmann hat mir das letzte Mal vorgeworfen, dass ich so ein schwaches Ergebnis gehabt habe, sein Parteisekretär, also ich nehme an, es geschieht ja auch in seinem Willen, der gesteht mir eine ortspolitische Bedeutung zu sondergleichen. *(Abg. Inge Posch: Bedeutung nicht! - Zwischenruf des Abg. Mag. Georg Pehm)*

Das freut mich, vielleicht sollten Sie Ihre regionalpolitische Bedeutung im Bezirk Mattersburg hinterfragen. Dann werden wir schauen, wie vielleicht dort die lokale Dimension der Auseinandersetzung und die Grabenkämpfe fortgesetzt werden, die wir in Eisenstadt ja schon erleben durften. *(Beifall bei der ÖVP)*

Apropos Gefälligkeit. Auch die Rolle des Amtsführenden Präsidenten im Landesschulrat ist zutiefst hinterfragungswürdig. Denn sein Agieren gleicht eher parteipolitischer Gefälligkeit, als einem couragierten Leiter des Landesschulrates. Ich möchte das mit mehreren Punkten belegen, die mich teilweise sehr persönlich betreffen, weil ich in den Institutionen, die mehrfach vom Landesschulratspräsidenten Resch attackiert wurden, auch persönlich tätig war.

Auf den Punkt gebracht: An der Spitze des Landesschulrates agiert und diktiert ein Parteisekretär und sicherlich kein Bildungsmanager. Warum ich das so pointiert und vor allem sehr offen thematisiere, ist eine Aussage, die mich zutiefst erschüttert hat.

Wenn Sie die aktuelle BVZ aufschlagen, dann ist dort der Herr Landesschulratspräsident mit einem Zitat zur Hauptschule Eberau vertreten. Er sagt wörtlich, das steht sogar als Bildtext fett unterstrichen: „Ich habe es mit Eberau nicht böse gemeint.“

Werte Kollegen, wenn man jetzt weiterdenkt, bedeutet das, dass einer der hochrangigsten Vertreter unseres Landes, offen in einer Zeitung kundtut, er meint es mit manchen böse, mit Manchen gut. *(Abg. Erich Trummer: Das ist jetzt eine Interpretation!)* Eine Interpretation ist dazu nicht notwendig, Herr Kollege Trummer, weil wenn ich es mit dem Einen gut meine, dann muss ich es mit dem Anderen böse meinen, sonst brauche ich keine Differenzierung.

Das bedeutet für mich, dass eindeutig parteipolitisch dort agiert wird und das sogar noch offen zugegeben wird. *(Abg. Christian Illredits: Zwischen guten und bösen Menschen)*

*unterscheiden ist natürlich auch jedem überlassen. Aber das Ganze zur Bildungspolitik?* Er hat gesagt: „Ich habe es mit Eberau nicht böse gemeint.“ *(Abg. Christian Illedits: Ich habe es gelesen! Aber das so zu werten!)* Das ist meine persönliche Interpretation, *(Abg. Christian Illedits: Natürlich, ja!)* Kollege Illedits, das hat mich zutiefst erschüttert, dass man das so offen hinschreibt, dass man sich parteipolitisch überhaupt nicht geniert zu agieren. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Georg Pehm und des Abg. Christian Illedits)*

Es geht aber noch weiter. Ich bemühe mich, hier einige Argumente ins Treffen zu führen. Sie wissen, es gibt danach noch eine Rednerin, es gibt dann noch einen Redner, sie können das alle widerlegen und von Ihrem Standpunkt sehen. Ich werde einmal meinen vortragen.

Der nächste Standpunkt, der mich dazu bewegt, das Agieren des Landesschulratspräsidenten als parteipolitisch zu erachten, ist jene Situation, wo er mittels Rundschreiben an alle Mitglieder der Burgenländischen Landesschülervertretung darauf hinweist, dass Funktionäre der Schülerunion bei Aktionstagen an Schulen nicht mehr zugelassen sind, da sie unter einem Politikererlass, der uns ja allen bekannt ist, dass wir uns als Parteipolitiker nicht und das ist auch gut so, in Schule und Bildung einmischen können, wie wir wollen, sondern unter geregelten Voraussetzungen als Politiker an Schulen agieren können.

Aber das einer Schülerorganisation vorzuwerfen wird, ist, meiner Meinung nach, nicht gerade ... *(Abg. Doris Prohaska: Diskutieren wir jetzt das Pflichtschulgesetz oder über den Herrn Landesschulratspräsidenten Resch?)* Wenn mir jemand, Frau Kollegin Prohaska, ... *(Abg. Leo Radakovits: Schreibt Ihr uns schon wieder vor, was wir sagen sollen?)* Ich glaube schon, dass Ihnen das unangenehm ist, weil es gibt noch, das hätte ich jetzt gar nicht erwähnt, aber Sie provozieren mich. *(Abg. Doris Prohaska: Das hat nichts mit dem Pflichtschulgesetz zu tun!)*

Es gibt 29 Vertreter der Bundesschülervertretung, die heute den letzten Wahltag gehabt haben. Wissen Sie, wie viele sich für diese Schülerunion, die der Herr Landesschulratspräsident mehrfach in den Dreck gezogen hat, *(Abg. Doris Prohaska: Sagen Sie jetzt nicht alle!)* entschieden haben?

24 von 29. So deutlich wie noch nie in den letzten 40 Jahren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas. Zu dieser initiierten Attacke der ÖGJ, wie der Herr Rotpüller mit Funktionären der Schülerunion, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wie heißt der? Landesrätin Michaela Resetar: Rotweiler, weißt eh! - Zwischenruf des Abg. Mag. Georg Pehm)* und mit einer Angestellten der ÖVP-Landesparteileitung verfahren ist, bei der Jugendinfomesse in Eisenstadt. Das war ein Skandal! Da war ich Gott sei Dank selbst Augen- und Ohrenzeuge, das hätte ich ihm nämlich nicht zugetraut, muss ich Ihnen offen gestehen. *(Zwischenruf des Abg. Christian Illedits)*

Kollege Illedits, ich habe auch den Zettel gesehen, den der junge Mann unterschreiben musste. *(Abg. Christian Illedits: Da steht nichts von Schülerunion!)* Das habe ich jetzt schon ein paar Mal miterlebt, wie das ist, wenn jemand etwas zurückziehen muss, was er vorher gemeint hat und der Auffassung war, er ist irgendeiner Rechtsmeinung, die er dann zurückgezogen hat, *(Abg. Christian Illedits: Sie spielen einfach falsch!)* die ihm wer vorgeschrieben hat.

Hören Sie mir zu. Ich bin gleich beim Punkt. Tatsache ist, ... *(Abg. Christian Illedits: Ich höre Ihnen zu, wenn ich will, Herr Kollege!)* Ich bitte Sie, mir zuzuhören. *(Abg. Christian Illedits: Auch wenn Sie bitten darum! - Abg. Ilse Benkö: Dann geh doch hinaus!)* Ich spreche, Gott sei Dank, nicht nur zu Ihnen. Interessant ist für mich nur das. Stellen Sie sich Folgendes vor: Sie als Bürgermeister von Draßburg kandidieren auf einer Liste, wo

ÖVP darauf steht, verwenden Briefpapier der ÖVP, und versenden ein Prospekt der ÖVP mit Ihrem Namen und sagen: Ich kandidiere.

Zufällig geht dann die Wahl für diese Partei aus. Drei Stunden später denken Sie sich, eigentlich wollte ich doch für diese Gruppierung gar nicht kandidieren. Das will uns jetzt nämlich der Berufsschullandessprecher klar machen. Das dies eine parteipolitische Inszenierung ist, so wie Sie den Jugendlandtag instrumentalisiert haben, ist eine Linie, die sich durchzieht und diese trägt die ÖVP und auch allen anderen Fraktionen nicht mit. *(Beifall bei der ÖVP - Zwischenruf des Abg. Christian Illedits - Abg. Erich Trummer: Ein Ministrant sondergleichen!)*

Herr Kollege Trummer, das war jetzt aber nett, dass gerade Sie diesen Zwischenruf machen. Das erheitert mich wenigstens in der Wartezeit bis zur nächsten Sitzung. Ich darf dementsprechend meinen Abänderungsantrag meiner Fraktion verlesen.

Abänderungsantrag der Landtagabgeordneten Ing. Rudolf Strommer, Christian Sagartz, Kollegin und Kollegen zur Regierungsvorlage betreffend ein Gesetz, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird (Zahl 19 - 528), die wie folgt abgeändert wird:

1. Es wird folgende Ziffer 5a eingefügt:

„5a. § 13 Abs. 1 lautet:

(1) Die Zahl der Schülerinnen oder Schüler darf in einer Volksschulklasse, die

1. eine Schulstufe umfasst 25 (in einer zweisprachigen Volksschulklasse 18),
2. zwei Schulstufen umfasst 22 (in einer zweisprachigen Volksschulklasse 18),
3. drei Schulstufen umfasst 20 (in einer zweisprachigen Volksschulklasse 18),
4. vier Schulstufen umfasst 18 (in einer zweisprachigen Volksschulklasse 16)

nicht übersteigen und 10 (in einer zweisprachigen Volksschulklasse 7) nicht unterschreiten. Sofern hievon aus besonderen Gründen (zum Beispiel zur Erhaltung von Schulstandorten oder der höheren Schulorganisation) ein Abweichen erforderlich ist, hat hierüber die Landesregierung nach Anhörung des Schulerhalters, des Bezirksschulrates (Kollegium) und des Landesschulrates (Kollegium) zu entscheiden. Die Bestimmungen der Absätze 2 bis 4 bleiben unberührt.“

2. Es wird folgende Ziffer 13a eingefügt:

„13a. § 29 Abs. 2 Z 1 lautet:

(2) der Unterricht ist

1. in den sprachlichen Unterrichtsgegenständen statt für die gesamte Klasse in zwei Gruppen von Schülerinnen oder Schülern zu erteilen, wobei keine Gruppe weniger als zehn Schülerinnen und Schüler umfassen darf;“

3. Ziffer 14 lautet:

„14. § 47 Abs. 3 lautet:

(3) Die Landesregierung hat die Auflassung einer Hauptschule zu verfügen, wenn die Zahl der Schülerinnen oder Schüler am 1. Oktober des jeweiligen Unterrichtsjahres 90 unterschreitet und der Weiterbestand der Schule nicht aus besonderen pädagogischen, regionalen, verkehrsmäßigen, kulturellen oder gesellschaftlichen Gründen geboten ist. Abs. 1 zweiter Satz ist anzuwenden. Hauptschulen, an denen ein Modellversuch gemäß § 7a Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 26/2008, durchgeführt wird, sind keinesfalls aufzulassen.“

4. Ziffer 16 lautet:

„16. Dem § 57 wird folgender Abs. 4 angefügt:

(4) Die Änderung des § 47 Abs. 3 in der Fassung der Novelle LGBl. Nr. xxxx/2008 tritt mit 1. Juli 2008 in Kraft. Die Änderungen der Promulgationsklausel, des § 5 Abs. 8, des § 11 Abs. 3 bis 5, des § 13 Abs. 1, der §§ 15 und 17 Abs. 1 und 2, des § 21 Abs. 1, des § 23 Abs. 1 und 3, des § 29 Abs. 2, des § 48 Abs. 6 sowie der Ziffer 6 des Anhangs C in der Fassung der Novelle LGBl. Nr. xxxx/2008 treten mit 1. September 2008 in Kraft.“

5. Im „Besonderen Teil“ der Erläuternden Bemerkungen wird nach den Erläuterungen zu „Z 3 bis 8 sowie Z 12 und Z 13“ folgender Text eingefügt:

„Zu Z 5a (§ 13 Abs. 1):

Im Bereich der niederorganisierten Volksschulen (Zusammenfassung verschiedener Schulstufen in einer Klasse) wird die Klassenschülerhöchstzahl bei vier Schulstufen in einer Klasse auf 18, bei drei Schulstufen in einer Klasse auf 20 und bei zwei Schulstufen in einer Klasse auf 22 gesenkt. Ebenso wird die Schülerhöchstzahl für eine zweisprachige Volksschule mit lediglich einer Klasse auf 16 gesenkt, im Übrigen bleibt die Höchstzahl wie bisher auf 18. Im Bereich der hochorganisierten Volksschulen (jede Schulstufe entspricht einer Klasse) bleibt die Klassenschülerhöchstzahl wie bisher auf 25.“

6. Im „Besonderen Teil“ der Erläuternden Bemerkungen wird nach den Erläuterungen zu „Z 11“ folgender Text eingefügt:

„Zu Z 13a (§ 29 Abs. 2 Z 1):

Im Bereich der Berufsschulen wird in den sprachlichen Unterrichtsgegenständen die für die Gruppenbildung relevante Teilungszahl pro Klasse auf 20 (bisher 24) gesenkt; damit wird den gestiegenen pädagogischen Ansprüchen Genüge geleistet.“

7. Im „Besonderen Teil“ der Erläuternden Bemerkungen lauten die Erläuterungen zu Z 14 (§ 47 Abs. 3):

„Die Auflassung einer Hauptschule hat zu erfolgen, wenn mit Stichtag 1. Oktober des jeweiligen Unterrichtsjahres weniger als 90 sprengelangehörige Schülerinnen oder Schüler die Hauptschule besuchen; dies entspricht den Beschlüssen der Landesregierung vom 22. Juli 2003 beziehungsweise 4. April 2006. Die Zulässigkeit der Auflassung wird allerdings an zusätzliche Voraussetzungen geknüpft: Es dürfen der Auflassung keine besonderen Gründe (zum Beispiel besonderes pädagogisches Angebot an der Schule, Verlust des kulturellen und gesellschaftlichen Zentrums einer Gemeinde beziehungsweise einer Region im Falle der Auflassung, drohende Abwanderung von Jungfamilien, unzumutbare und ökonomisch nicht vertretbare Verkehrsanbindungen) entgegenstehen. Von der Auflassungsbestimmung werden jedenfalls jene Hauptschulen ausgenommen, an denen Modellversuche gemäß § 7a SchOrgG durchgeführt werden; damit wird gewährleistet, dass die Durchführung der Modellversuche an den festgelegten Standorten nicht durch schulorganisatorische Maßnahmen unterlaufen wird.“

Ich darf den Antrag überreichen und hoffe auf Ihre Zustimmung und Akzeptanz.  
*(Beifall bei der ÖVP - Abg. Christian Sagartz übergibt den Abänderungsantrag dem Präsidenten)*

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer, Christian Sagartz, Kollegin und Kollegen, ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landesrätin Maga. Michaela Resetar das Wort.

Bitte Frau Landesrätin.

**Landesrätin Mag. Michaela Resetar (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der vorliegende SPÖ-Antrag zum Burgenländischen Pflichtschulgesetz geht mir nicht weit genug. In Wahrheit ist er eine Husch Pfuschk-Aktion, die in Form eines Abänderungsantrages mündet.

Wenn heute eine Ausnahmeregelung zur Schülerzahl 90 bei den Hauptschulen beschlossen werden soll, die nur die Schulversuche neue Mittelschule, die primär HAK-Kooperationsmodelle sind, so ist das für mich ein weiterer Beweis dafür, dass bei der SPÖ parteipolitische Überlegungen im Vordergrund stehen.

Während bei der Hauptschule Eberau der Wunsch der Eltern und Lehrer auf Einführung der neuen Mittelschule völlig ignoriert wurde und ÖVP-Anträge, neben der Zahl 90 auch andere Kriterien zu berücksichtigen mit SPÖ-Mehrheit abgelehnt wurden, soll es jetzt Ausnahmeregelungen zur Zahl 90 nur für die Versuchsschulen geben.

Das ist eine politische Willkür. Das ist Parteipolitik beschränkten Denkens. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Thema Berechtigungssprengel. Wenn nun auch alle öffentlichen Hauptschulen, die an den Modellversuchen gemäß § 7a des Schulorganisationsgesetzes teilnehmen, Berechtigungssprengel erhalten, wie viele Schulen bleiben dann, die Pflichtsprengel besitzen?

Der vorliegende Entwurf führt zu einer Wettbewerbsverzerrung, beziehungsweise zu einer Ungleichbehandlung. Auch die Wahlfreiheit der Eltern und Schüler wird nicht in gleicher Weise berücksichtigt. So darf zum Beispiel ein Schüler der Hauptschule Illmitz ohne Ansuchen um sprengelfremden Schulbesuch, die Hauptschule Andau, nämlich die Modellschule besuchen, nicht aber umgekehrt.

Aus pädagogischer Sicht wäre erstrebenswert, nur Berechtigungssprengel festzusetzen, die sich über das gesamte Bundesland erstrecken. Dies würde Ungleichbehandlungen beseitigen und die Wahlfreiheit für die SchülerInnen und Eltern erhöhen.

Gleichzeitig muss das System der Finanzierung der Hauptschule überdacht werden. Ich frage mich wirklich, warum Sie so ruhig hier sitzen, Herr Abgeordneter Schmid, Sie werden auch Kollegen haben, die Hauptschulen führen, die dann in irgendandere Sprengelschulen gehen dürfen. Seitens des Landes muss ein Ausgleichssystem sichergestellt werden, um die Ungleichbehandlungen der Gemeinden hintanzuhalten.

Die ÖVP bekennt sich zu der Zahl 90 bei den Hauptschulstandorten. Aber wir haben immer gefordert, dass zusätzliche Kriterien dazukommen sollen. Nämlich regionale, wirtschaftliche, pädagogische, verkehrsmäßige, kulturelle und gesellschaftliche Kriterien, um den Weiterbestand von Hauptschulen, vor allem in wirtschaftlich benachteiligten Regionen zu sichern.

In den vergangenen Wochen und Monaten hat die Bevölkerung des Pinkatales, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Gemeindevertreter sowie die Pfarre, für den Erhalt der Hauptschule Eberau gekämpft.

Die Schließung der Hauptschule Eberau sowie jetzt die mangelnde Unterstützung bei der Errichtung der katholischen Privatschule ist meines Erachtens eine Brückierung. (*Abg. Christian Illedits: Für wen?*)



Herr Kollege, ich finde es beschämend, wie Sie mit der katholischen Kirche und dem Bischof herumspringen. Ich finde es bedenklich, wie der Landesschulrat versucht, die Gemeinde einzuschüchtern.

Ist es das Ziel der SPÖ, Schülerinnen und Schüler vorzeitig zu Pendlern zu machen, (*Abg. Christian Illedits: Wieso?*) um eine strukturschwache Region noch weiter zu schwächen? (*Zwischenruf der Abg. Anna Schläffer*)

Ich darf den Herrn Dr. Pearson zitieren, der heute in der Kronen Zeitung meint: „Gegensteuern. Abwanderung, ein Gespenst, das nach wie vor den ländlichen Raum bedroht.“

Wenn Arbeitsplätze, Nahversorgung und Schulen fehlen, bleibt den Menschen keine Wahl. Gegensteuern, so lautet die Devise für die Politik in entlegenen Gebieten.“

Dann freut sich der Herr Landeshauptmann, dass der Herr Bürgermeister Kremnitzer 32.000 m<sup>2</sup> angekauft hat, damit dort Wohnplätze geschaffen werden.

Warum kümmert sich der Herr Landeshauptmann nicht auch darum, dass die Schule erhalten bleibt, warum macht er das nicht? Dann hätte er wieder einen Pluspunkt bei der Kronen Zeitung und beim Herrn Doktor Pearson.

Die Bildungsstruktur ist zu stärken (*Abg. Edith Sack: Ihr seid ein Wahnsinn!*) und nicht zu schwächen. (*Abg. Ewald Gossy: Fortsetzung der Lesestunde?*) Die Schulen sind auch Kultur. Sie sind auch gesellschaftliche Begegnungszentren.

Als Bildungslandesrätin sage ich Ja zu einer Weiterentwicklung des Schulsystems.

Was ist geworden aus der angekündigten Bildungsdirektion der SPÖ? Versprochen und gebrochen! (*Abg. Christian Illedits: Was haben wir versprochen?*)

Es gibt ja nicht einmal ein Türschild was die Bildungsdirektion betrifft, ... (*Abg. Ewald Gossy: Wer hat Dir das aufgeschrieben?*) Sie haben alles erreicht, Sie glauben es zumindest. (*Abg. Christian Illedits: Sie haben einen Antrag beschlossen und diesen gebrochen!*) Die Bildungsdirektion gibt es nach wie vor nicht. Versprochen und gebrochen! (*Beifall bei der ÖVP*)

Die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25 in Pflichtschulen, (*Abg. Ewald Gossy: Wer hat Sie denn hinaufgesetzt? Wer hat Dir das aufgeschrieben? Er hat das nicht gut gemacht!*) von der ÖVP lange gefordert, nach langem Zögern von der SPÖ umgesetzt.

Die Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen in Schulen mit Abteilungsunterricht sowie im Sprachunterricht an den Berufsschulen, hören Sie zu, für die Berufsschulen sind Sie auch, weil Sie mit Lehrlingen zu tun haben, ist im ÖVP Antrag gefordert und würde auch zur Verbesserung der Bildungsqualität (*Abg. Ewald Gossy: Da stimmt etwas nicht, Du liest das falsch herunter!*) beitragen.

Die Bildungsreformen sind mit den Schulpartnern umzusetzen. Weil gerade in diesem sehr sensiblen Bereich die Zusammenarbeit ein Schlüssel zum Erfolg ist. Gestatten Sie mir nur einige kleine Bemerkungen zur heutigen Budgetrede, aber vor allem zum Inhalt.

Es gibt kein Wort, kein Konzept, keine Aktivitäten über den Tourismus. Es ist mir durchaus klar, warum der Finanzreferent mit mir nicht viel über die Aktivitäten und über die zukünftige Entwicklung im Tourismus gesprochen hat.

2,65 Millionen Euro Marketingbeitrag sind gestrichen. Das Wort der SPÖ zählt nichts mehr, schon lange nichts mehr, und die Handschlagqualität auch, denn diese 2,65

Millionen Euro, *(Abg. Ewald Gossy: Wer hat Dir das schon wieder aufgeschrieben? Das stimmt ja auch nicht!)* die waren bei mir immer budgetiert. Jetzt sind diese 2,65 Millionen Euro weg. *(Abg. Christian Illedits: Die werden woanders sein!)*

Allerdings gibt es eine neue Position, auf der Seite vom Herrn Landeshauptmann. Für Öffentlichkeitsarbeit braucht man plötzlich 2,65 Millionen Euro. *(Abg. Christian Illedits: Diese Position heißt anders!)*

Das müssen Sie dann den Tourismusbetrieben erklären, dass für Öffentlichkeitsarbeiten, wie zum Beispiel diese sündhaft teure Broschüre um 100.000 Euro, wo der Herr Landeshauptmann auf der ersten Seite herauslacht, diese 100.000 Euro müssen Sie auch den Tourismusbetrieben erklären. Es gibt viele Regionen, denen es nicht gut geht. Aber dazu kommen wir noch.

Zu den Wirtschaftsförderungen. Wirtschaftsförderungen! Das ist überhaupt das Größte. *(Zwischenrufe der SPÖ-Abgeordneten)* Obwohl im Budget eine Erhöhung von fünf Millionen Euro vorgesehen ist, dort steht großartig zusätzliches Geld, *(Abg. Christian Illedits: Das Geld für den Tourismus ist sicher da!)* wissen Sie, wofür diese fünf Millionen Euro sind?

*(Abg. Christian Illedits: Ich muss nachschauen!)* Einzig und allein für die Seewinkeltherme. Das müssen Sie dann auch den vielen kleinen Betrieben erklären. *(Abg. Doris Prohaska: Pflichtschulgesetz!)* Ich wollte lediglich 175.000 Euro für die Klein- und Kleinstbetriebe haben. *(Abg. Christian Illedits: Aber Sie sind ja gegen das Budget. Sie müssen für das Budget sein!)*

Nicht einmal das haben Sie mir zugestanden, das müssen Sie dann den Klein- und Kleinstbetrieben erklären, weil der Herr Landeshauptmann sagt immer so schön, er ist für die Klein- und Kleinstbetriebe. *(Abg. Christian Illedits: Wir fördern sie höher, als Sie das jemals gemacht haben!)*

Diese Förderung ist lediglich für die Seewinkeltherme, die fünf Millionen Euro zusätzlich. *(Abg. Christian Illedits: Das ist ein Irrtum. Das können Sie keinem erzählen!)* Ja, das ist auch nachweislich. Zur Personalkostenförderung und Kinderbetreuung. Ich habe immer gesagt, sechs Millionen Euro sind notwendig. Ich bin schon gespannt über Ihr neues Gesetz. Sie brauchen nämlich nur 4,5 Millionen Euro, wenn es dann die großen Errungenschaften gibt, wenn man weniger Geld braucht, das werden Sie *(Abg. Christian Illedits: Das werden Sie alles nächste Woche hören!)* dann auch erklären müssen.

Nachdem die SPÖ das Budget 2009 bereits in der Regierung bereits im Alleingang beschlossen hat, müssen Sie es auch alleine verantworten. Sie müssen es nicht bei uns verantworten, aber Sie müssen *(Abg. Christian Illedits: Das haben Sie im letzten Jahr auch nicht gemacht!)* es bei den Burgenländerinnen und Burgenländer verantworten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich kümmere mich nicht um Dinge, die nicht in meiner Verantwortung stehen, wie dies zum Beispiel die Kollegin Dunst macht, aber ich werde den Klein- und Kleinstbetrieben im Tourismusbereich sehr wohl sagen, dass es kein zusätzliches Geld gibt, dass dies als Marketingbeitrag für Öffentlichkeitsarbeit verwendet wird. *(Abg. Christian Illedits: Sie haben schon einmal zum Boykott aufgerufen!)*

Genau das ist das Problem. Weil Sie nicht kontrolliert werden wollen mehr oder können oder müssen, glauben Sie, Sie können machen was Sie wollen. *(Abg. Christian Illedits: Nein, das glauben wir nicht! Das ist ein Irrtum!)* Das wird sich im Jahr 2010 sehr rächen, ich sage Ihnen das nur. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Prohaska das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich komme nun wieder zu diesem Tagesordnungspunkt zurück, der eigentlich auf der Tagesordnung steht, nämlich, das Burgenländische Pflichtschulgesetz.

Mich hat beim Kollegen Vlasich nur gewundert, warum Sie schon den Abänderungsantrag der VP gekannt haben, als wir ihn noch nicht hatten. Mag wahrscheinlich auch seine Gründe haben. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Zur Kollegin Benkö und der Abstimmungen der Lehrer zur Neuen Mittelschule, was war damals der Fall, ist Folgendes zu sagen: Es hat die FCG klar dagegen aufgerufen und zu Ihrer Information: Der neueste Stand ist, dass die AHS-Personalvertreter, auch die von der FCG, haben beim Herrn Landesschulratspräsidenten vorgesprochen und gebeten, auch mit aufgenommen zu werden. Sie möchten beim Modell Neue Mittelschule mit dabei sein. (*Abg. Christian Sagartz: Das stimmt so nicht! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Zum Vorwurf Fleckerlteppich, wir fangen klein an und evaluieren, weil hätten wir sofort angefangen, dann hieße es wieder: (*Abg. Oswald Klikovits: Sie werden doch nicht wirklich glauben, nur weil Sie es so sagen, dass es dann auch so stimmt.*) Darüberfahrpolitik der SPÖ. Herr Kollege Sagartz! Jetzt komme ich zu Ihnen. (*Abg. Oswald Klikovits: Nur weil Sie es sagen, muss es noch lange nicht richtig sein. Das ist wirklich unglaublich. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Gabriele Arenberger: Was soll das? Ihr dreht es so, wie Ihr es gerade braucht. So schaut es doch aus.*)

Sie sagen, dass die Hauptschule Eberau einen negativen Bescheid bekommen hat. Der Kollege Sagartz hat behauptet, die Hauptschule Eberau hat deswegen den negativen Bescheid bekommen, weil es sich dort ausschließlich um Mandatare der Volkspartei handelt.

Vielleicht erinnern Sie sich, dass die Hauptschule Lackenbach auch zugesperrt wurde und dort war ein roter Bürgermeister. Nun zu Ihrem Abänderungsantrag. Ich möchte nur kurz darauf eingehen: Es dürfen der Auffassung keine besonderen Gründe, wie der Verlust des kulturellen und gesellschaftlichen Zentrums einer Gemeinde im Fall der Auffassung, drohende Abwanderung von Jungfamilien, unzumutbare und ökonomisch nicht vertretbare Verkehrsanbindungen entgegenstehen. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Punkt 1, Sie leben noch in der Geschichte, denn das gibt es nur noch ganz selten, (*Abg. Christian Sagartz: Wo steht das?*) dass der Dorflehrer gleichzeitig der Chorleiter und der Orgelspieler in der Kirche ist, das heißt, zum gesellschaftlichen Leben im Dorf, nicht verzichtbar ist. (*Abg. Leo Radakovits: Wo steht das? - Abg. Christian Sagartz: Ich wiederhole nur den Zwischenruf des Kollegen Trummer.*)

Dann dürfen Sie mir nicht erzählen, dass Schulen die Abwanderung aufhalten. Zur Verkehrsanbindung ist zu sagen, dass das nächste Gymnasium überall weiter weg ist, als die nächste Hauptschule.

Nun zu den nieder organisierten Volksschulen. Vielleicht sollten Sie sich informieren, dass in allen diesen mehrstufigen Volksschulen zusätzliche Lehrer eingeteilt

sind und in den Hauptgegenständen auch diese Gruppen bereits geteilt werden. Das ist bereits Stand der Dinge.

Zu Ihrer Aussage, der Herr Landesschulratspräsident sei ein Parteisekretär. Gestern war Landesschulratskollegiumssitzung. Der Herr Vizepräsident Haider kommt aus Ihren Reihen. Der hat dort die Frage gestellt: Wie kann der Direktor an der Hauptschule Eberau, ein roter Direktor, den Schülern sagen, dass es, aufgrund des negativen Bescheides, diese Schule nicht mehr geben wird?

Er sagt aber nicht, dass der Verein eine halbe Stunde später vor der Schule bereits mit gedruckten Briefen für die Kinder gestanden ist, diese Briefe verteilt hat und den Eltern Informationen mitgegeben hat. Da erzählen Sie mir jetzt, der Herr Landesschulratspräsident agiert parteipolitisch. Was tut dann der Herr Vizepräsident Haider? Das Ganze zum Quadrat. *(Abg. Christian Illedits: Er hat eine reine parteipolitische Funktion - Beifall bei der SPÖ)*

Die Frau Landesrätin Resetar ist jetzt schon gegangen. Ich war erschüttert, denn sie hat gesagt, die Frau Landesrätin Dunst kümmert sich um Dinge, die nicht in ihrer Verantwortung stehen. *(Abg. Christian Illedits: Das ist wirklich ein Wahnsinn! Stellt sich dort unten hin und singt mit den Pfarrern.)* Ich würde mir von ihr wünschen, nachdem sie sagt, sie ist die Bildungslandesrätin, dass sie sich wenigstens um diese Dinge kümmert, die in ihrem Verantwortungsbereich stehen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Christian Illedits: Sängerknaben!)*

Sie hat nämlich die Bildung nur in einem Nebensatz erwähnt, hat aber sehr viele Sätze über den Tourismus verloren. Hätte sie nur mehr Energie in die Bildung investiert. *(Allgemeine Unruhe - Abg. Kurt Lentsch: Reine Schwätzerei! - Abg. Gabriele Arenberger: Von einem Präsidenten hätte ich mir etwas anderes erwartet. - Abg. Ewald Gossy: Das ist eines Präsidenten unwürdig.)*

Dann zu den Berechtigungssprengeln. Warum gibt es Berechtigungssprengel für die Neue Mittelschule, nicht aber für die anderen Hauptschulen? Ganz logisch, weil ein besonderes Angebot vorliegt.

Gründe, nicht zu schließen sind: Die Eltern richten ihren Wohnort sicher erstrangig nach dem Arbeitsplatz und nicht nach der Schule der Kinder, die sie ja nach vier oder acht Jahren bereits wechseln. Dann müssen sie ohnehin pendeln. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sie haben sieben Jahre lang mit einer Bildungsministerin von der Volkspartei die Möglichkeit gehabt, alles so zu richten, dass es jetzt so ist, wie Sie es sich wünschen. Warum haben Sie das nicht getan? Warum haben Sie die entsprechenden Schritte nicht eingeleitet?

Noch etwas: Ich habe im Internet ein bisschen gesucht und habe den Pfarrer Johannes gefunden. Ich nehme an, das ist der Pfarrer, der zu diesem Verein gehört. Der hat hineingeschrieben: Die Vorgabe des Bischofs wurde von den Bittstellern, das sind die Vertreter des Vereines zur Hauptschule Eberau, angenommen: Wenn Sie eine katholische Privatschule werden soll, dann soll sie auch im katholischen Geist geführt werden.

Bei der Bezahlung der zusätzlichen Lehrer haben sich aber die Bürgermeister dann schon an das Florianiprinzip gehalten, denn die zusätzlichen Lehrer möchte keiner zahlen. Ich habe auch die Postings gelesen und sehr verständlich eines einer Mutter gefunden, die schreibt: „Wenn dieser Hauptschule die zusätzlichen Lehrer bezahlt werden, dann möchte ich für die Schule, an die meine zwei Kinder gehen, auch zwei zusätzliche Lehrer

haben.“ *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ich will auch zwei Lehrer haben. - Abg. Christian Illredits: So schaut es aus.)*

Ich habe jetzt die kritischen Stimmen der ÖVP gehört. Ich möchte Sie aber daran erinnern, liebe Kollegen, dass im Regierungsprogramm für diese Gesetzgebungsperiode, im Kapitel Bildung unter Z 9, die weiteren Verbesserungen der Bildungschancen von SchülerInnen und differenziertes Eingehen auf die Fähigkeiten und Bedürfnisse des einzelnen Kindes vorgesehen ist. Das ist mit einer Verlegung der Entscheidung über die weitere Bildungslaufbahn von der vierten Klasse an das Ende der Sekundarstufe.

Es geht konkret um die Neue Mittelschule. Die ist im Regierungsprogramm enthalten. Dort wurde das auch von der ÖVP mit unterschrieben. Jetzt gibt es plötzlich eine Kehrtwendung.

Das ist natürlich logisch, denn es war die Gesamtschule, die von der ÖVP immer verteufelt wurde. Unterrichtsministerin Schmied ist es gelungen, diesen Modellversuch durchzustarten. Die ÖVP konnte das nicht blockieren. Jetzt müssen eben andere Versuche herhalten.

Ich denke, das ist wieder einmal eindeutig die Verhinderungspolitik bei bildungspolitischen Maßnahmen, um Qualitätssteigerungen im Bildungssystem zu bremsen, damit sie nicht die rechtliche Grundlage erhalten.

Wir von der SPÖ lassen uns nicht beirren. Wir starten durch und investieren im neuen Budget noch mehr Geld in die Bildung, als bisher. Plus fünf Millionen Euro für Landeslehrer, plus eine Million für Schulbauprogramme und sehr viel Geld für das Semesterticket. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wir lassen uns nicht von der ÖVP an der Leine führen. Wir werden auch weiterhin verantwortungsvoll für die Ausbildung der jungen Menschen unseres Landes arbeiten. Ich weiß, Sie hätten das gerne, aber wir spielen nicht mit. Der Modellversuch „Neue Mittelschule“ startet im neuen Schuljahr. Dieser Paragraph soll es den Schulen, die an Modellversuchen teilnehmen, ermöglichen, eine Bestandsgarantie zu haben, damit der Schulversuch nachhaltig evaluiert werden kann.

Für mich heißt das, dass die ÖVP dagegen ist. Sie wollen diese Schulen nur von vornherein abwürgen, um den Erfolg dieser Modellschule nicht bewiesen zu bekommen. Natürlich spielt die Privatschule „Josefinum Eberau“ hier herein, aber wer hat denn den Beschluss für die Schließung mit unter 90 Schülern in die Regierungssitzung eingebracht?

Es war der damalige Schulreferent Landeshauptmann-Stellvertreter Steindl. Einige Hauptschulen in roten und schwarzen Gemeinden wurden geschlossen, *(Abg. Leo Radakovits: Aber nicht aufgrund dieses Beschlusses! Nicht aufgrund dieses Regierungsbeschlusses.)* aber bisher haben immer die Einsicht und die Vernunft gesiegt. Jetzt plötzlich, wo nur Bürgermeister der Volkspartei betroffen sind, muss sogar noch die Kirche und einen Betabend mit dem Herrn Bischof herhalten.

Das heißt, die Bürgermeister der Volkspartei halten dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter nicht den Rücken frei, sie fallen ihm in den Rücken und das sogar noch ohne Widerrede einiger Abgeordneter. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Übrigens, ich habe auch nachgeschaut: Warum hat man sich den heiligen Josef als Schutzpatron ausgesucht? Das war ganz lustig. Der heilige Josef ist, unter anderem, der Schutzpatron für die Totengräber, für Reisende, für Verbannte, für Sterbende, bei Augenleiden, in Versuchung und Verzweiflung, bei Wohnungsnot für einen guten Tod. Ich hätte mir etwas anderes ausgesucht. *(Abg. Leo Radakovits: Das ist wirklich tief! - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das ist wirklich das Letzte! Das ist echt letztklassig. So jemand wird*

*auf Kinder losgelassen. - Abg. Kurt Lentsch: Das ist echt tief. - Ein Zwischenruf aus den Reihen der ÖVP-Abgeordneten: Ihr seid die Totengräber für die Region! - Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Habe ich das Wort ausgesucht? Sie brauchen nur im Internet zu googeln. Setzen Sie sich, dann wird es leichter. *(Abg. Oswald Klikovits: Je später die Stunde, desto tiefer die Genossen! - Allgemeine Unruhe)* Die Zielrichtung der ÖVP ist klar vorgegeben. Eliteschulen, Lehrer aussuchen, Schüler aussuchen, wer Luxus haben will, muss ihn auch bezahlen.

Wenn ich mir einen Mercedes kaufen will, das Geld aber nur für einen Kleinwagen habe, kann ich auch nicht vom Autohändler verlangen, dass er mir zum Preis des Kleinwagens, den Mercedes gibt, mit der Begründung, dass ich damit genauso viel fahre, wie mit dem Kleinwagen.

**Präsident Walter Prior** *(der den Vorsitz übernommen hat)* *(das Glockenzeichen gebend)*: Meine Damen und Herren, ich würde schon bitten, auch trotz der fortgeschrittenen Stunde, die Ruhe zu bewahren und der Frau Kollegin Prohaska zuzuhören.

Bitte Frau Kollegin.

**Abgeordnete Doris Prohaska** (SPÖ): *(fortsetzend)*: Es werden die Lehrer vom Land bezahlt, die sich aufgrund des Schülerschlüssels ergeben. Alles, was darüber ist, ist Luxus und muss auch selber finanziert werden.

Die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25 ist nicht als Richtwert gültig, sondern gesetzlich unumgänglich. Durch die Klassenschülerhöchstzahlsenkung in zweisprachigen Hauptschulen auf 18, in Sonderschulen auf 13, kann auf die Besonderheiten unseres Landes, die Volksgruppensprachen und auf Kinder mit besonderen Bedürfnissen, noch besser eingegangen werden.

Weiters wird das Schulzeitgesetz geregelt. Das Schulzeitgesetz, das die autonomen Tage festlegt, wo zwei davon einheitlich vom Landesschulrat festgelegt werden, damit Familien mit Kindern in verschiedenen Schulen ihre Kinderbetreuung und Freizeitgestaltung familienfreundlicher koordinieren können.

Nach Vorgabe des Bundesschulorganisationsgesetzes gibt es in Zukunft auch die Möglichkeit Volksschulen, Hauptschulen und Polytechnische Schulen als Expositurklassen an andere Schulen zu koppeln. Ein weiterer Punkt ist, dass auch an Hauptschulen und Polytechnischen Schulen Sprachförderkurse für Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache eingerichtet werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir von der SPÖ wissen, was unser Land und vor allem die Menschen brauchen. Ein Bildungssystem das nicht nach sozialer Lage und finanziellen Mittel der Eltern orientiert ist, sondern allen jungen Menschen die gleichen Chancen gibt.

Wir sind uns unserer großen Verantwortung diesen Menschen gegenüber bewusst. Daher werden wir dieser Novelle des Pflichtschulgesetzes sehr gerne unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsident Walter Prior**: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Leo Radakovits das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Leo Radakovits (ÖVP):** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Jetzt werde ich doch etwas länger brauchen. Ich muss nämlich mit einem Märchen nochmals aufräumen.

Der Regierungsbeschluss, mit dem die Zahl 90 fixiert wurde, ist nie umgesetzt worden. Man ist überein gekommen, dass diese rechtliche Suppe zu dünn ist und man hat solange mit der ersten Schulschließung aufgrund der unter 90 gefallenen Schülerzahl gewartet, bis man das Pflichtschulgesetz geändert hat.

Wissen Sie, wer das Pflichtschulgesetz geändert hat? Nur Sie, Ihre Fraktion, hat diese Bestimmung mit der Zahl 90 allein hineingeschrieben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Das war die auch die Grundlage für drei Hauptschulschließungen, Illmitz, Stadtschlaining und Lackenbach. Das war der Grund, warum ich mich eigentlich gemeldet habe.

Nun noch kurz zu diesem Berechtigungssprengel: Einerseits freut es mich, dass ein Versäumnis umgesetzt wird, das bereits seit 1995 da ist. Seit der Erlassung des Pflichtschulgesetzes, wäre es eigentlich vorgesehen gewesen, zwingend Berechtigungssprengel für die zweisprachige, kroatisch und ungarisch, Hauptschule Großwarasdorf, beziehungsweise die zweisprachigen Klassen in St. Michael einzuführen.

Mit dem jetzt in der Begutachtung befindlichen Verordnungsentwurf wird dies auch saniert. Das freut mich. Ich möchte aber sehr wohl darauf hinweisen, denn wenn man jetzt für die Modellschulen den Pflichtsprengel komplett aufhebt im ganzen Burgenland, ist es nicht nur der Grund dafür, dass ohne Ansuchen diese Modellschulen besucht werden können.

Der einzig wahre Grund ist, dass die Kosten stimmen und alle Gemeinden automatisch an diese Modellschule die Beiträge zahlen müssen. *(Abg. Matthias Gelbmann: Der Grund war der Regierungsbeschluss.)*

Der Herr Kollege Loos kann es sich jetzt mit dem Herrn Kollegen Gelbmann ausmachen, denn wenn die Andauer Schüler nach Illmitz in die Schule gehen, braucht er in Illmitz nicht zu zahlen. *(Abg. Matthias Gelbmann: Das machen wir uns schon aus. Keine Sorge!)* Umgekehrt, wenn die Illmitzer Kinder nach Andau gehen, denn dort ist die Modellschule, muss sofort gezahlt werden.

Der Herr Bürgermeister von Pinkafeld erhält auch eine eigene Hauptschule. Wenn seine Schüler aus seinem Sprengel jetzt nach Markt Allhau oder Bernstein wollen, muss er automatisch, obwohl er eine Hauptschule hat, sofort an diese Gemeinde Schulbeiträge zahlen. Das gilt ebenso für Oberwart, wenn die Schüler nach Bernstein wollen oder in die Modellschule Markt Allhau. Ich möchte dies nur erwähnen.

Für die Gemeinden wird das viel Sprengstoff bringen. Das hätten wir vorher bereden sollen, denn das ist eine Aushebelung der Pflichtschulsprengel. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Das machen wir im Bezirk Neusiedl/See bereits seit 15 Jahren. - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Mag schon sein. Aber keiner hat bis dato zahlen müssen, aber jetzt muss er zahlen. - Landeshauptmann Hans Niessl: Wir haben gezahlt. Ist das gerecht?)* Ich denke, jetzt muss automatisch gezahlt werden. Wir hätten das diskutieren sollen, es kann uns nun blühen, dass dadurch einige Hauptschulen geschlossen werden und wir andere neu bauen werden, beziehungsweise dazubauen müssen.

Ich möchte nur darauf hinweisen, denn wir sollten das mit den Gemeindevertretern schleunigst in Verhandlung nehmen, damit wir hier Ausgleichsmechanismen setzen, wo untereinander dann zwischen den Gemeinden abgerechnet wird.

Dies deshalb, um auch den Erhalt der Hauptschulen sicherzustellen. Die Modellschulen werden das absaugen, beziehungsweise werden sich wahrscheinlich alle als Modellschulen schnell melden müssen, damit die dann auch in den Genuss kommen, dass sie sofort das Geld bekommen können.

In diesem Sinn können wir diesem Entwurf, der unter dem Gesichtspunkt als Berichtigungssprengel für nur neun Hauptschulen geschaffen wurde, nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Präsident Walter Prior:** Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Christian Illedits.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Entgegen Zwischenrufen, die so ähnlich wie „Totengräber für die Region“ lauten, würde ich als „Totengräber für die Bildungspolitik“ eher die Achse Gehrer - Neugebauer bezeichnen. Sie haben das jahrelang mitgetragen.

Ministerin Gehrer war die „Totengräberin für die Zukunft unserer Kinder“. Wenn sich hier bundespolitisch nichts nach einer Wahl geändert hätte, würden wir weiterhin dieser Politik folgen müssen. Was Sie hier vollmundig von sich geben, das kann ich wirklich nur im Ansatz glauben, Sie sagen ohnehin ganz eindeutig, was Ihnen am wichtigsten ist. Uns sind auch die Gemeindefinanzen wichtig, aber noch wichtiger ist uns die Zukunft unserer Kinder. *(Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Das heißt, das Geld für die Zukunft unserer Kinder, das wissen wir sehr wohl, wie wir das einsetzen wollen. *(Abg. Leo Radakovits: Wir wollen Gerechtigkeit. - Abg. Oswald Klikovits: Du kannst ja nicht einmal lesen! Nur, weil man es hundertmal sagt, wird es noch lange nicht richtig.)* Wir müssen das auch einsetzen. Sie, Herr Kollege Klikovits, wenn Sie mir irgendetwas sagen von Schreien und von Reden, wäre ich bei einem anderen Abgeordneten wirklich beleidigt. Bei Ihnen nicht wirklich, denn Sie dürfen wirklich sagen, was Sie wollen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Aber, es ist die Fortsetzung dessen, was wir ohnehin in jeder Landtagssitzung hören. Herr Kollege Radakovits! Nochmals: Die bildungspolitische Totengräberin war Gehrer, denn jetzt wird mit Schmied ein ganz neuer Weg gegangen.

Weil Sie jetzt so philosophiert haben, wie wird das sein mit den Ausgleichszahlungen? Die SPÖ war schon vor einem Jahrzehnt dafür, diese Sprengeln aufzulösen. Es ist verfassungsrechtlich nicht möglich, diese Sprengel aufzulösen. Das ist die Ursache. Wenn es eine Lösung gibt, ich habe das schon oft diskutiert, auch bei uns in der Fraktion, dann müsste es vielleicht eine Lösung über den Finanzausgleich geben. Glauben Sie wirklich, dass der Molterer hier irgendein Geld in die Hand nimmt, und sagt, wir machen eine Pro-Kopf-Lösung?

Es könnte eine Lösung geben, wenn man sagt, ein Kind kostet gleich viel in der Bildungspolitik. Im AHS-Bereich ist es so. Hier gibt es eine Neue Mittelschule, die für uns nur der erste Schritt in die richtige Richtung ist. Deshalb heißt es eben Modellregionen. Neun an der Zahl. Wir wollen das so schnell wie möglich von einem Modell in eine Dauerlösung überführen.

Das Bemühen kann dort nicht stehen bleiben, wo es jetzt ist. Dann werden wir uns nicht diese Gedanken machen müssen, wie wir das Geld von einer Schule in die andere verschieben.

Natürlich sind das ernsthafte Probleme mit Standortgemeinden, die auch jetzt schon die Hauptschulen schließen haben müssen. Nur, wir sind immer für einen ganz



klaren Kurs in der Bildungspolitik gewesen, Herr Kollege, und nicht für einen Zick-Zack-Kurs.

Die Begründung, wieso die ÖVP diese Zahl 90 in der Regierung beschlossen hat und dann einen anderen Beschluss gefasst hat, den Sie jetzt gefunden haben, das ist eine parteipolitisch motivierte Begründung. Die Zahl 90 hat der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter eingebracht. (*Allgemeine Unruhe*) Der hat es eingebracht und der hat es auch begründet weshalb und warum. Auch die Zehnerzahl hat er eingebracht. Sie begründen das jetzt auf einmal anders, weil es Ihnen bildungsparteipolitisch nicht in den Kram passt. Natürlich begründen Sie das. (*Abg. Leo Radakovits: Das stimmt doch nicht! Ich zitiere richtig.*)

Ich höre doch diese Begründungen. Der Kollege Sagartz hat sich auch redlich bemüht, einen Grund zu finden, wieso man jetzt eine Hauptschule nicht schließen müsste. (*Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen*)

Diese Begründung, die Sie in Ihren Abänderungsantrag hineingeschrieben haben, alle diese aufgezählten Gründe, glauben Sie ernsthaft, dass wir irgendeine einzige Schule im Burgenland mit diesen Begründungen jemals schließen könnten? Das wird nicht wirklich ernsthaft jemand glauben. Irgendeinen Grund, der da angeführt wird, hat natürlich eine jede Gemeinde, das ist ganz klar.

Aber, wenn es uns wirklich um ernsthafte bildungspolitische Maßnahmen geht, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann müssen wir diesen Weg der Modellschulen jetzt weiter gemeinsam beschreiten und dann in eine Dauerlösung überführen. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Es gibt auch schon Lösungsansätze bei den Lehrern. Ich denke, auch Neugebauer wird irgendwann einmal nicht mehr dort sitzen, wo er jetzt sitzt und dann wird es auch in der ÖVP eine bildungspolitische Maßnahme geben, die schlussendlich für die Zukunft unserer Kinder geeignet ist. (*Beifall bei der SPÖ*)

**Präsident Walter Prior:** Meine Damen und Herren! Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Die Frau Berichterstatterin hat das Schlusswort. (*Abg. Doris Prohaska: Ich verzichte!*)

Die Frau Berichterstatterin verzichtet auf das Schlusswort, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den vom Landtagsabgeordneten Christian Sagartz gestellten Abänderungsantrag abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird, ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, (*Der Präsident gibt das Glockenzeichen*) meine Damen und Herren, ich würde wirklich ersuchen, sich bitte bei der Abstimmung ruhig zu verhalten, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren! Ich unterbreche nun die Sitzung bis 02 Uhr 10 Minuten, da die Behandlung der Dringlichkeitsanträge frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung erfolgen kann.

Die Sitzung ist unterbrochen.

*(Die Sitzung wird um 00 Uhr 22 Minuten unterbrochen und um 02 Uhr 10 Minuten wieder aufgenommen.)*

**Präsident Walter Prior:** Ich nehme nun die unterbrochene Sitzung wieder auf.

**Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Oswald Klikovits, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Förderung von Ausbildungskursen im Pflegebereich (Zahl 19 - 556) (Beilage 901)**

**Präsident Walter Prior:** Wir kommen nun zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Oswald Klikovits, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Förderung von Ausbildungskursen im Pflegebereich, Zahl 19 - 556, Beilage 901, da die Behandlung frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung zu erfolgen hat.

Ich erteile dem Herrn Landtagsabgeordneten Oswald Klikovits das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Oswald Klikovits (ÖVP):** Danke, Herr Präsident! Und einen schönen guten Morgen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! *(Unruhe bei der SPÖ)* Es tut mir leid, *(Abg. Doris Prohaska: Das glaube ich.)* dass es jetzt zu dieser verspäteten Nachtsitzung noch kommt, die von uns genauso wenig gewollt war oder ist, wie wahrscheinlich von Ihnen selbst auch. Aber es ist leider nicht anders möglich gewesen.

Das vordringliche Anliegen das uns nämlich beschäftigt ist Gerechtigkeit und Gleichheit unter burgenländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu schaffen. Und es ist deswegen notwendig geworden, weil heute in der Früh bei der Fragestunde, *(Abg. Doris Prohaska: Gestern.)* Entschuldigung, gestern in der Früh bei der Fragestunde, der Herr Landesrat Rezar noch nicht zusagen konnte, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land gleich behandelt werden.

Ich weiß nicht, ob das jetzt der Fall sein wird. Ich bedauere es jetzt schon, wenn das nicht der Fall ist, weil ich glaube, das was politisch, vor allem von der SPÖ immer wieder verlangt wird, mehr Fairness und Gerechtigkeit für Menschen, dann nicht gegeben ist, wenn unserem Ansinnen nicht Folge geleistet wird.

Ich mache das nicht für mich, ich mache das nicht für uns oder für das Burgenländische Hilfswerk. Ich mache das, für viele Kolleginnen und Kollegen, die noch nicht in den Genuss der kostenlosen Weiterbildung gekommen sind, die verpflichtend durch unsere Gesetzgebung entstanden ist. Ich möchte... *(Abg. Erich Trummer: Braver Mensch. – Abg. Doris Prohaska: Wie alle anderen.)*

Das hat nichts mit guter Mensch zu tun, Herr Kollege! Machen Sie sich nicht lächerlich (*Abg. Erich Trummer: Nein, nein.*) über diese Dinge, aber das entspricht wahrscheinlich Ihrer Haltung, dass Sie das tun.

Es ist wirklich aus unserer Sicht heraus unglaublich, dass es nicht möglich ist, einen Betrag von vielleicht, ich weiß ja nicht wie viele davon betroffen sind, von vielleicht 10.000 oder 20.000 Euro aufzubringen, um eben diese Gerechtigkeit herzustellen.

Und ich hoffe, dass die Kollegin Dunst, auch als Vorsitzende der Burgenländischen Volkshilfe, gleichermaßen auf Sie einwirken konnte und Ihnen das zu vermitteln versucht hat, was ich jetzt versuche, nämlich, dass wir für alle Kolleginnen und Kollegen Gerechtigkeit schaffen. Aus diesem Grund haben wir nichts anderes getan, als eine aus unserer Sicht ganz normale Vorgehensweise zu unterstützen.

Unser Dringlichkeitsantrag bezieht sich eben darauf, dass diese 300 Euro diesen Kolleginnen und Kollegen, die diesen Kurs auf Grund unserer gesetzlichen, von uns gesetzlich verabschiedeten Bestimmungen, auch bekommen, bei einer Ausbildungseinrichtung die dafür geeignet ist, sei es jetzt das BFI, so wie es bisher bei diesen Kursen war, als auch das WIFI.

Ich bitte Sie wirklich, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, dass die Stunden, die wir jetzt hier zugewartet haben um diesen Dringlichkeitsantrag auch zu behandeln, mit Erfolg gekrönt sind, für die Kolleginnen und Kollegen, die jetzt noch diese Heimhilfekurse zu absolvieren haben. Und deswegen stellen wir diesen Dringlichkeitsantrag:

Der Landtag hat beschlossen:

Der zuständige Sozialreferent wird aufgefordert, so wie im Jahr 2007 - und das war sozusagen die Unterstützung gemeinsam mit einem Kurs des BFI - die SF-Mitteln dafür auch zu verwenden, das alle Absolventinnen und Absolventen von Heimhilfekursen in den dafür berechtigten Bildungseinrichtungen kostenlos ihre Aufschulung absolvieren können. Die notwendigen Finanzmittel sind seitens des Referates bereitzustellen.

Ich möchte noch eine Anmerkung machen, ich möchte hier wirklich versuchen sachlich zu bleiben. Denn ich möchte noch eine Anmerkung zu dem machen, was der Herr Landesrat ausgeführt hat, in dem er mir empfohlen hat, ich möge doch als Dienstgeber dementsprechend auch meiner Verpflichtung nachkommen.

Herr Landesrat, Sie wissen natürlich ganz genau, das was Sie sagen widerspricht auch dem, was politisch an Handlungen Ihrerseits gesetzt wird. Denn, wir haben gar nicht die Möglichkeiten für außertourliche Dinge, ebenso Organisationen wie die Volkshilfe, die Caritas und das Rote Kreuz, davon brauche ich gar nicht reden.

Sie kennen am Besten diese Zustände und auch von uns, vom Burgenländischen Hilfswerk, weil wir natürlich auf Grund unserer Verpflichtungen, durch die notorische Geldknappheit des Landes, dementsprechend auch nicht in der Lage sind und gar nicht dürfen, Rücklagen zu bilden, und jetzt auch sozusagen noch obendrein diese Verpflichtung dazu zugeben.

Daher ist es einfach unmöglich auch diesen Beitrag noch zusätzlich zu leisten. Und ich darf Sie dringendst ersuchen diesem Antrag, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der SPÖ-Fraktion nachzukommen und zu unterstützen.

Wir wollen nur Gerechtigkeit unter den burgenländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Das ist die einzige Intention dieses Antrages und sonst nichts. Das hat nichts mit Parteipolitik zu tun. Ich hoffe, dass auch Sie das so sehen. (*Beifall bei der ÖVP*)

**Präsident Walter Prior:** Meine Damen und Herren! Geschäftsordnungsgemäß gehen wir nun in die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages ein. Als erstem Redner erteile ich Herrn Landesrat Dr. Peter Rezar das Wort.

Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Dr. Peter Rezar (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich habe den in meiner vormittäglichen Fragebeantwortung gemachten Aussagen zu diesem Thema nichts hinzuzufügen. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsident Walter Prior:** Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Anna Schlaffer das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Anna Schlaffer (SPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Die Dringlichkeit des Antrages ist, nach meiner Ansicht nach dadurch dringlich, weil das Hilfswerk unter seinem Geschäftsführer Klikovits es eindeutig verabsäumt hat, Vorsorge für sein eigenes oder beim Hilfswerk beschäftigtes Personal zu treffen. Damit diese Bediensteten, genauso wie jene in den anderen Institutionen, zeitgerecht und kostengünstig ihre Ausbildung beziehungsweise Aufschulung machen können. *(Abg. Oswald Klikovits: Also, das ist so etwas von infam. Das ist so etwas von infam, wirklich.)*

Hier, heute, dem Landesrat einen Vorwurf zu machen und damit eigenes Versagen zu kaschieren, ist in meinen Augen, *(Abg. Oswald Klikovits: Also wirklich.)* auch um halb drei Uhr in der Früh, noch eine Frechheit! *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich bringe namens der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen einen Abänderungsantrag ein.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert den erfolgreichen burgenländischen Weg im Bereich der Förderung von Ausbildungskursen im Pflegebereich gemäß Antragsbegründung konsequent fortzusetzen. *(Die Abgeordnete Anna Schlaffer übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag. – Beifall bei der SPÖ)*

**Präsident Walter Prior:** Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Noch einmal zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Oswald Klikovits.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Oswald Klikovits (ÖVP):** Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe es mir zwar nicht anders erwartet, aber es ist leider Gottes, trotzdem so gekommen. Ich möchte hier ausdrücklich darauf hinweisen, weil ich es wirklich für politisch instinktlos finde, dass Sie das so machen.

Wir haben als Burgenländisches Hilfswerk nicht die Notwendigkeit jetzt sozusagen unsere Leute schulen zu müssen. Wir haben die meisten... *(Abg. Anna Schlaffer: In der Betriebsbewilligung ist das sogar als Auflage enthalten.)*

Frau Kollegin, Sie haben da etwas verwechselt. Hören Sie mir zu, damit Sie es jetzt endlich wissen, auch vorher haben Sie es nicht verstanden. Ich will Ihnen das nicht so deutlich sagen müssen. Es ist nämlich wirklich unglaublich, wie Sie Politik machen, aus offensichtlich sachlicher Unkenntnis, denn Faktum ist ein anderes. Ich habe es vorher schon versucht zu erklären.

Die Kolleginnen und Kollegen, die jetzt diesen Beitrag nicht bekommen, haben sich auch rechtzeitig schon angemeldet bei diesen Kursen. Nur die Kurse konnten auf Grund des nicht vorhandenen Geldes nicht weiter geführt werden. Und jene, die sich angemeldet haben, da ist ein Teil drangekommen und ein Teil ist nicht drangekommen.

Zwei Drittel unserer Mitarbeiter des Burgenländischen Hilfswerkes sind bereits geschult, ein Teil ist noch zu schulen. Auch von anderen Institutionen ist noch ein Teil zu schulen.

Liebe Anna! Das solltest Du Dir hinter die Ohren schreiben und es hast nichts damit zu tun, dass unsere Leute das... (*Unruhe bei der SPÖ*) Nein, weil das einfach ungerecht ist, und ich will das einfach hier klar stellen, dass man so einfach nicht miteinander umgehen kann!

Einfach nur falsche Dinge zu behaupten und eine Sache ins falsche Licht zu stellen. Mir geht es hier um die Sache. Ich möchte, dass die Kolleginnen und Kollegen, egal ob sie vom Hilfswerk oder von woanders kommen, die selben Chancen bekommen. Das kann man doch von einer sozialdemokratischen Fraktion verlangen, dass sie auch diesem Ansinnen ordentlich begegnet. (*Beifall bei der ÖVP*)

**Präsident Walter Prior:** Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse vorerst über den Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten... (*Allgemeine Unruhe – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Der Abänderungsantrag ist das. – Abg. Kurt Lentsch: Abänderungsantrag. – Abg. Anna Schlaffer: Der Abänderungsantrag ist der erste.*) Habe ich etwas anderes gesagt? Ich lasse über den Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Der Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen ist somit mehrheitlich angenommen. (*Abg. Oswald Klikovits: Ich werde morgen allen schreiben.*)

Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Oswald Klikovits, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Förderung von Ausbildungskursen im Pflegebereich, Zahl 19 - 556, Beilage 901, ist somit mit den beantragten Abänderungen mehrheitlich angenommen.

### **Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz und Ilse Benkö auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend den gescheiterten EU-Reformvertrag und eine Volksabstimmung über den Beitritt der Türkei zu Europäischen Union**

**Präsident Walter Prior:** Wir kommen nun zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz und Ilse Benkö auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend den gescheiterten EU-Reformvertrag und eine Volksabstimmung über die weitere... (*Unruhe bei der ÖVP – Abg. Matthias Weghofer: Ist angenommen hat er gesagt. – Abg. Ewald Gossy: Das passt schon.*)

Der Abänderungsantrag ist angenommen. Herr Kollege, Sie müssen immer zuhören, wenn etwas gesagt wird. Ist das jetzt richtig?

Wir kommen nun zur Behandlung... (*Unruhe bei der ÖVP*) Soll ich es kroatisch erklären vielleicht? (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Bitte ja.*) Vielleicht ist es dann verständlicher, das ist vielleicht eine Möglichkeit.

Wir kommen nun zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz und Ilse Benkö auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend den gescheiterten EU-Reformvertrag und eine Volksabstimmung über den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union, Zahl 19 - 558, Beilage 903.

Ich erteile dem Herrn Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ):** Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordneten! Wir haben heute, zumindest gestern, schon ausführlich über die Situation der neuen SPÖ-Linie in Bezug auf Volksabstimmung zur EU-Verfassung diskutiert.

Es gibt heute einen neuen Schwenk der sozialistischen Partei. Und zwar Cap sagt, ohne VP keine Volksabstimmung, es fängt das Rad an sich wieder zu drehen. Es ist definitiv so, dass Josef Cap hier bekannt gibt, wo er darauf hinweist, dass eine Volksabstimmung dem Koalitionspartner vorgeschlagen werden soll, das heißt eine 100-prozentige Wendung.

Nachdem die Sozialistische Partei auch des Öfteren angeführt hat, wie wichtig es ist, eine Volksabstimmung durchzuführen, haben wir heute einen dringlichen Antrag eingebracht, wonach die Ratifizierung zu widerrufen ist. Besonders wichtig ist uns bei diesem dringlichen Antrag, so wie die SPÖ das bundesweit fordert, dass ein Türkei-Beitritt erst nach einer Volksabstimmung passieren darf. Daher haben wir diesen Dringlichkeitsantrag heute eingebracht. (*Beifall bei der FPÖ*)

**Präsident Walter Prior:** Meine Damen und Herren! Geschäftsordnungsgemäß gehen wir nun in die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages ein.

Als erster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Maga. Margarethe Krojer das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Frau Maga. Krojer sind Sie überrascht von der Wortmeldung? (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Nein! - Abg. Mag. Josko Vlasich: Von der Kürze der Begründung sind wir überrascht!*)

**Landtagsabgeordnete Maga. Margarethe Krojer (Grüne):** Ja, ich überlege, ob ich meinen Wortbeitrag zurückziehe. Ich denke mir, das ist für mich einfach keine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Thema. (*Allgemeiner Beifall*)

**Präsident Walter Prior:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Mag. Georg Pehm das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Georg Pehm (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die Frau Abgeordnete Krojer hat vollkommen Recht. Daher nur eine kurze Anmerkung für das Protokoll: Die SPÖ ist und bleibt gerade im Burgenland eine politische Partei, die sich ganz eindeutig zur Europäischen Union und zu diesem wichtigen Friedensprojekt bekennt.

Wir sehen gleichzeitig aber auch, dass das Unbehagen, die Kritik und der EU-Verdross enorm zugenommen haben. Die Stimmung zur EU war noch nie so schlecht wie

jetzt. Man kann nicht so tun als wäre nichts. Im Gegenteil. Wir treten erstens, für eine bessere Information, sowie für eine offene und ehrliche Diskussion über die EU ein, wo auch Platz für Kritik sein darf und muss.

Wir wollen zweitens, dass die EU nicht nur bei den Anliegen der ganz großen Konzerne reagiert, sondern auch ein soziales Gesicht bekommt.

Wir wollen drittens, mehr Demokratie zur EU. (*Allgemeine Unruhe - Der Präsident gibt das Glockenzeichen*) Wir wollen die Europäische Politik sozialer und demokratischer machen, mehr informieren und auch kritisch diskutieren. Ich bin überzeugt, am Ende ist die EU dann stärker verankert als heute.

Den Antrag der FPÖ lehnen wir ab. Dankeschön. (*Beifall bei der SPÖ*)

**Präsident Walter Prior:** Meine Damen und Herren! Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Ich lasse daher über den Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz und Ilse Benkö auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend den gescheiterten EU-Reformvertrag und eine Volksabstimmung über den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union, Zahl 19-558, Beilage 903, abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, welche dem Dringlichkeitsantrag ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz und Ilse Benkö auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend den gescheiterten EU-Reformvertrag und eine Volksabstimmung über den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich möchte aufgrund der fortgeschrittenen Stunde auf meine Schlussansprache, die normalerweise nach dieser Sitzung erfolgt, verzichten.

Ich wünsche einen schönen Urlaub. (*Allgemeiner Beifall*)

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung des Landtages werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung, und zwar der Budgetlandtag, für den 1. und 2. Oktober 2008 vorgesehen ist.

Ich darf damit die Sitzung schließen, womit auch die ordentliche Tagung 2007/2008 beendet ist.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n .

**Schluss der Sitzung: 02 Uhr 34 Minuten**